

19 Jeder Mensch, der die Staatsbürgerschaft eines Landes erwirbt, ist verpflichtet, alle Bürger:innen dieser Nation als gleichwertig zu respektieren und die Vielfalt ihrer kulturellen Ausdrucksformen anzuerkennen. Wenn er – wie in der Europäischen Union – auch eine supranationale Staatsbürgerschaft besitzt, bezieht sich diese Anerkennung auch auf die Kultur und Geschichte der Mitglieder dieser Staatengemeinschaft. Darüber hinaus sollte jede Staatengemeinschaft anstreben, wirtschaftliche Ungleichheiten auszugleichen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und ein friedliches und wertschätzendes Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

In seiner Schrift *Die Einbeziehung des Anderen* von 1996 hat der deutsche Philosoph Jürgen Habermas einige Grundprinzipien pluralistischer Gesellschaften skizziert. Habermas verteidigt in dieser Schrift „den vernünftigen Gehalt einer Moral der gleichen Achtung für jeden und der allgemeinen solidarischen Verantwortung des einen für den anderen.“¹ Er führt dazu aus, dass das flexible „Wir“ einer Gemeinschaft niemanden nötige, sich affirmativ als Teil eines Kollektivs zu begreifen. „Einbeziehen heißt hier nicht Einschließen ins Eigene und Abschließen gegen Andere. Die „Einbeziehung des Anderen“ besagt vielmehr, dass die Grenzen der Gemeinschaft für alle offen sind - auch und gerade für diejenigen, die füreinander Fremde sind und Fremde bleiben wollen.“² Mit diesem universalistischen Ansatz schafft Habermas die theore-tische Grundlage für ein Gesellschaftsverständnis und eine Kultur des Zusammenlebens, die die Anerkennung der Andersheit aus der Perspektive einer Nation quasi zur Maxime nach innen und nach außen macht.

¹ Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a.M. 1996, S.7.

² a.a.O. S. 8.

Dieser grundlegende Gedanke gilt nach außen auch als Orientierungspunkt für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die bislang als einzige Staatengemeinschaft eine gemeinsame Staatsbürgerschaft für ihre Bürger:innen vereinbart hat. Allerdings wissen viele Europäer:innen nicht, welche Rechte und Pflichten sie als Unionsbürger:innen auf der Basis der EU-Verträge haben. Das „Europa der Bürger:innen“, wie es in den Werbebroschüren aus Brüssel so schön heißt, ist durchaus noch in weiter Ferne. In jedem Fall jedoch beinhaltet der Erwerb der Unionsbürgerschaft in Europa ein großes Privileg, denn sie schließt die Visa- und Reisefreiheit, die Niederlassungsfreiheit sowie den zollfreien Handel und Warenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten ein. Die Staatengemeinschaft Europa schützt durch den Europäischen Gerichtshof insbesondere die sozialen und bürgerlichen Rechte seiner Bürger:innen. Diese Bedingungen machen es für viele Länder Europas attraktiv, sich für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben. Seit vielen Jahren ist beispielsweise die Frage, ob die EU dem Beitrittsge- such der Türkei zustimmt, Gegenstand heftiger Kontroversen. Die seit 2016 zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit, die unrechtmäßige Inhaftierung von Oppositionellen und die Korruption von Regierungsmitgliedern, haben dazu geführt, dass der Beitrittsprozess der Türkei seit Längerem stagniert. Berücksichtigt man allerdings den von der indisch-amerikanischen Sozialanthropologin Shalini Randeria geprägten Begriff von der „verwobenen Moderne“³, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Türkei längst in Europa angekommen ist. Weite Teile der Türkei sind europäisiert, transnationale Lebensformen zwischen London, Berlin, Brüssel,

³ Shalini Randeria: Geteilte Geschichte und verwobene Moderne, in: Jörn Rüsen, Hanna Leitgeb, Norbert Jegelka (Hg.): Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung, Frankfurt a.M. 1999, S. 87-99.

Istanbul und Ankara sind zumindest in den Mittelschichten verbreitet. Die intensiven Handelspartnerschaften zwischen der Türkei und zahlreichen europäischen Ländern, die türkische NATO-Mitgliedschaft sowie die großen Communities mit türkischer Herkunft in vielen westeuropäischen Städten runden das Bild ab. Das macht es umso dringender, dass demokratische und rechtsstaatliche Strukturen in der Türkei möglichst bald wiederhergestellt werden.

Es ist kein Geheimnis, dass Europa sich in einem konstanten Zustand des Wandels befindet. Für die deutschen Soziologen Ulrich Beck und Edgar Grande ist das der Wesenskern der europäischen Integration, die sich als ein „dynamischer, ergebnisoffener Prozeß“⁴ darstellt. Es gehört zu den substantiellen Prinzipien der Verträge von Maastricht, dass Staaten, die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben, gewährleisten müssen, dass ihre demokratischen Strukturen stabil und die Kriterien der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind. Diese Prinzipien sind keine Missachtung nationaler Souveränität, sondern ein zusätzlicher rechtlicher Schutz für die Bürger:innen der Mitgliedsstaaten, damit ihre demokratischen Rechte nicht ausgehöhlt werden. Darüber hinaus verabschiedet das Europäische Parlament Gesetze, die im Interesse einer gleichwertigen Teilhabe am Binnenmarkt Handels-schranken überwinden und für gleiche Standards sorgen. In zunehmendem Maße stärkt die Gesetzgebung der Europäischen Union auch die nationalen Wirtschaften durch gemeinsame Verschuldung oder die Ausgabe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank. Förderprogramme für strukturschwache Regionen ermöglichen in einem gewissen Umfang den Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichheiten, die zum Teil durch die Globalisierung verursacht wurden.

⁴ Ulrich Beck, Edgar Grande: Das kosmopolitische Europa, Frankfurt a.M. 2004, S. 22.

Der gemeinsame Ankauf und die gerechte Verteilung von Impfstoffen während der Covid-Pandemie zwischen 2020 und 2022 sind ein herausragendes Beispiel für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Kommission im Interesse der Gesundheit und sozialen Sicherheit der Bürger:innen ihrer Mitgliedsländer. Es ist jedoch auch offenkundig, dass die Europäische Union Reformbedarf hat. Dabei dürfte es darauf ankommen, dass die Rolle des Europäischen Parlaments aufgewertet und gegenüber dem Europäischen Rat mehr Befugnisse erhält. Dazu gehören die Gesetzesinitiative, die Ernennung des Präsidenten oder der Präsidentin der Kommission sowie ein größeres Budget. Um die großen europäischen Gemeinschaftsaufgaben hinsichtlich der Sicherung des Sozialstaats, der Finanzierung des ökologischen Wandels und der intensiveren Kooperation in Fragen der Sicherheit und Verteidigung an die Wähler zu kommunizieren und mit ihnen zu debattieren, bedarf es einer engeren Kommunikation zwischen Abgeordneten und Wähler:innen. So kommt die französische Philosophin Céline Spector zu der Schlussfolgerung: „Das Erstarken der extremen Rechten muss daher Reflektieren über die Demokratisierung der Union und den Inhalt ihrer Kämpfe für soziale und ökologische Gerechtigkeit anstoßen.“⁵

Doch, was ist das große Narrativ, das die europäische Staatengemeinschaft miteinander verbindet? Welche gemeinsame Erzählung der europäischen Geschichte schafft die erforderliche Legitimität und Bindekraft, um die Akzeptanz ihrer politischen Entscheidungen zu garantieren? Auf diese Fragen gibt es erst wenige überzeugende Antworten. Historisch betrachtet ist die Europäische Union in erster Linie ein Friedensprojekt von ehemals verfeindeten europäischen Staaten

⁵ Céline Spector: Europas Machtrealismus, in LETTRE 145, Berlin 2024, S. 37.

nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg ergänzt dazu: „Der europäische Diskurs, die Einigung Europas war die Geburt einer Tragödie Europas, einer denkbar umfassenden Niederlage, deren Zentrum - ein schwarzes Loch der Geschichte - sich bei einem Namen nennen lässt: Auschwitz. Die europäische Einigung sei - das ist eine Hoffnung - der gemeinschaftliche Versuch, dieser Tragödie, der Zivilisation *als* Tragödie, beizukommen, in der Form einer Zivilisation als Diskurs.“⁶ Europa ist zweifellos der Sehnsuchtsort für einen herrschaftsfreien Diskurs, verbunden mit offenen Grenzen und freien Wahlen sowie einer Rechtsstaatlichkeit, die im Kern die europäische Ordnung ausmacht.

Für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dessen Land vor Kurzem die Beitrittsverhandlungen zur EU aufgenommen hat, bedeutet das: „Dies ist unser Europa. Dies sind unsere Regeln. Dies ist unser way of life. Für die Ukraine ist es ein way home.“⁷ Er erinnert in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 9. Februar 2023 an europäische Länder wie Spanien und Portugal, die durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ihren Weg von einem ehemals totalitären Regime zu einer freiheitlichen und liberalen Demokratie konsolidiert haben. Doch diese Länder und ab 2004 auch ehemalige Ostblockstaaten wie beispielsweise Polen oder Slowenien finden in der EU keine entsprechende Erzählung vor, die den unterschiedlichen nationalen Freiheitsnarrativen entsprechen würde. „Vielmehr stellt sich heraus“, so die deutsche Rechtswissenschaftlerin Eva Ricarda Lautsch, „dass im nationalen Rahmen gewachsene

⁶ Adolf Muschg: Was ist europäisch, München 2005, S. 25.

⁷ Wolodymyr Selenskyj: Ansprache im europäischen Parlament am 9. Februar 2023, zit. nach: Eva Ricarda Lautsch: Nach Hause, Nach Europa, in Lettre Nr. 143, 2023, S. 67.

Projektionen einer „europäischen“ Freiheit vor allem der eigenen Geschichte und den eigenen Hoffnungen entsprechen, die sich mitunter fundamental von den Geschichten und Hoffnungen anderer Mitgliedsstaaten unterscheiden.“⁸ Obwohl das Selbstverständnis der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft einen durchaus plausiblen und pragmatischen Rahmen gesetzt hat, um bedeutende Einigungsschritte und weitreichende politische Entscheidungen für mehr Integration zu ermöglichen, reicht diese Erzählung nur bedingt, damit sie Europa „als gemeinsamer Ordnung der Freiheit schärfere Konturen verleiht.“⁹ Und so kann man durchaus Zweifel haben, ob die eine, große Erzählung von Europa jemals zustande kommen wird, denn letztendlich besteht Europa aus einer Vielzahl von Menschen, die sich mehr denn je ungehindert begegnen können. Sie alle haben ihre eigenen Erzählungen von Europa, erkennen sich in seiner Gesamtheit oder in der unendlichen Vielfalt seiner Teile wieder. Adolf Muschg ist zuzustimmen, wenn er sagt, der Schlüssel zu Europa liegt „im persönlichen Haushalt jedes Einzelnen. Denn die Anerkennung des Anderen ist an die Erkennung des Anderen in sich selbst gebunden, also an den unerschrockenen, passionierten und humorvollen Blick für die Mehrsinnigkeit der eigenen Identität.“¹⁰

Was aber sind die verbindenden Elemente, die die Staatsbürger:innen innerhalb einer Nation teilen und möglicherweise sogar einen könnten? Diese Debatten werden kontrovers geführt und tendieren in der Regel dazu, dass etwas Gemeinsames durch etwas Ausschließendes definiert wird. Dazu dient oft der Rekurs auf die

⁸ Eva Ricarda Lautsch, a.a. O. S. 67.

⁹ a.a.O. S. 71.

¹⁰ Adolf Muschg, a.a.O. S. 126.

Geschichte und die Kultur einer Nation. Doch welche Elemente der Geschichte oder der Kultur sind dafür relevant? In Bezug auf die Geschichte würde es zum Beispiel Sinn machen, wenn Nationen, die indigene Völker vertrieben, entrechtet und ermordet haben, wie beispielsweise die USA, Australien, Kanada, Brasilien oder Neuseeland, sich zu diesen Verbrechen bekennen und es zum nationalen Selbstverständnis machen würden, dass alles getan wird, die Folgen dieses Unrechts zu kompensieren. In ähnlicher Weise wären die Bürger:innen der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Verbrechen der Nationalsozialisten verpflichtet, sich gegen jede Form des Antisemitismus zu stellen und prinzipiell Strukturen zu schaffen, die eine Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden verhindern und jüdisches Leben fördern. Länder wie Großbritannien, Belgien, die USA, die Niederlande, Portugal, Spanien, Frankreich und Deutschland sollten prinzipiell anerkennen, dass kolonialistische Formen der Ausbeutung in der Vergangenheit und in der Gegenwart keine akzeptable Form des Wirtschaftens und des Umgangs mit Völkern anderer Nationen darstellt. Einige Schritte in diese Richtung sind bereits unternommen worden, aber bei Weitem nicht genügend. Anzustreben ist ein nationales Selbstverständnis, das auf den historischen Erfahrungen von Unrecht und Unterdrückung gegründet ist und deren Überwindung als Wesenszug einer freiheitlichen Demokratie verstanden wird. Das könnte zu einem gemeinsamen nationalen Wir-Gefühl beitragen.

Was die kulturellen Gemeinsamkeiten eines Staatsvolks betrifft, so ist es angebracht, sorgsam darauf zu achten, dass die kulturelle Vielfalt innerhalb eines Landes gewürdigt wird. Beispielsweise könnten die Kriterien zur Aufnahme in das Verzeichnis für das

immaterielle Weltkulturerbe der UNESCO als Leitlinie für besondere kulturelle Ausdrucksformen, Techniken oder Organisationsformen angewandt werden. Da die Auswahl dieser Kulturformen nach einem international anerkannten Verfahren erfolgt, das in besonderem Maße darauf achtet, dass sie inklusiv, generationenübergreifend, nicht diskriminierend und gemeinschaftsfördernd sind, eignen sie sich dafür in besonderer Weise. Für Deutschland wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise das Hebammenwesen, die Brotkultur, das Genossenschaftswesen oder die Paartanzkultur in das Verzeichnis aufgenommen. Alle vier Kulturformen stehen nicht unmittelbar im Fokus der Öffentlichkeit, aber sie sind weltweit einmalig und durch ihre besondere Verankerung im Alltag der deutschen Bevölkerung prädestiniert, zum Selbstverständnis des deutschen Gemeinwesens beizutragen. Für die Volksrepublik China wurde 2022 der traditionelle Anbau und die Verarbeitung von Tee in das Verzeichnis der UNESCO aufgenommen. Yoga aus Indien, Reggae aus Jamaika, die Pizza aus Neapel sind keine Überraschungen, aber das belgische Gemeinschaftsritual in Löwen, der traditionelle palästinensische Tanz Dabke, die Weihnachtskrippentradition im polnischen Krakau, die Bräuche und Handwerkstechniken rund um die Damaszener Rose im syrischen Al-Mrah oder die Basler Fastnacht in der Schweiz sind kulturelle Identifikationsangebote, die eine nationale und zum Teil internationale Anerkennung genießen. Wichtig ist, dass diese Kulturformen durch eine aktive Teilhabe der Bevölkerungen Traditionen begründet haben, die niemanden ausgrenzen, sondern die Einbeziehung des Anderen fördern. Dazu schreibt der französische Philosoph François Jullien: „Nur wenn es uns gelingt, ein Gemeinsames zu fördern, das keine Reduktion auf das Uniforme darstellt, wird das Gemeinsame dieser

Gemeinschaft aktiv sein, so dass wir die Möglichkeit haben werden, dieses wirklich zu teilen.“¹¹

¹¹ François Jullien: Es gibt keine kulturelle Identität, Frankfurt a. Main 2017, S.16.